

Medienmappe

Zum virtuellen Mediengespräch:

Rechte Parteien in der EU: Wer sie sind, was sie wollen und wie sie Europa nach den EU-Wahlen verändern könnten

Am 9. Juni findet in Österreich die Wahl zum EU-Parlament statt. In Österreich führt die FPÖ alle Umfragen an. Doch nicht nur hierzulande wird rechtsnationalen Parteien ein fulminanter Aufstieg prognostiziert. Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien könnten laut den meisten Vorwahlauffragen in den EU-Staaten ein Viertel der Sitze im neugewählten Europaparlament erringen und damit einen sehr viel größeren Einfluss auf den zukünftigen Kurs der EU ausüben. Dieser wäre umso größer, wenn Kooperationen mit konservativen Kräften gelingen würden. Der jüngste Versuch der konservativen Europäischen Volkspartei, die postfaschistische Fratelli d'Italia in ihr Lager zu holen, deutet an, dass sich die Berührungspunkte auf konservativer Seite in Grenzen halten.

Doch wer ist eigentlich gemeint, wenn auf EU-Ebene von „den Rechten“ gesprochen wird? Welche Vorstellungen eines zukünftigen Europas haben diesen Parteien? Was würde deren Aufstieg für Demokratie und Rechtsstaat in der EU bedeuten? Welche europäischen Projekte und Errungenschaften wären konkret gefährdet? Inwieweit können Rechtsparteien auf Kooperationen mit konservativen bzw. Mitte-Rechts-Parteien zählen? Diesen Fragen widmen sich Expert:innen der Uni Salzburg und der Uni Köln im Mediengespräch.

Inputs:

[Georg Gläser](#) (Universität Köln): „Far Right Europe - Die Rechtsaußen-Fraktionen im EU-Parlament und ihre Europavorstellungen“

[Amélie-Jacqueline Apke](#) (Universität Salzburg): „Der populistisch rechte Zeitgeist im Europäischen Parlament 2024“

Moderation: Manfred Krenn (Diskurs. Das Wissenschaftsnetz)

Eine Veranstaltung von [Diskurs. Das Wissenschaftsnetz](#)

Georg Gläser

Far Right Europe – Die Rechtsaußen-Fraktionen im EU-Parlament und ihre Europavorstellungen

Wer ist die Europäische Rechte?

Die Fraktionen im EU-Parlament rechts der EPP (EVP) sind Sammelbecken für die Rechtsaußen-Parteien Europas. Aktuell haben sich diese in zwei Fraktionen organisiert: European Conservatives and Reformists (ECR) und Identity and Democracy (ID). Aktuelle Prognosen sehen einen Mandatsgewinn von voraussichtlich 24 für die ECR und 11 für die ID (Europe Elects 2024), „A sharp right turn“ wird durch die European Council on Foreign Relations prognostiziert (ECFR 2024). Stöss 2014 (S.25f.) charakterisierte die Mitglieder der ECR als „rechtskonservative bzw. nationalkonservative“ Parteien und beschrieb die Vorläufer der ID als Zusammenschluss der „systemkritischen und systemkonforme[n] rechtsextreme[n] Parteien“.

Gemeinsamkeiten und Bruchlinien

Aktuell scheinen die ideologischen Unterschiede zwischen beiden Fraktionen jedoch deutlich nivelliert.¹ Auch ein von der ID-Fraktion beauftragtes Gutachten über Perspektiven der Zusammenarbeit beider Fraktionen kommt zu dem Schluss: „Ein Großteil des Programms ist weitgehend identisch“ (Engels 2020, S. 22). Die Trennlinien zwischen ECR und ID sind jedoch bei der Beziehung zu Russland und bei erinnerungspolitischen Fragen auszumachen (Ebd., S. 22f.). Somit lassen sich zur begrifflichen Vereinfachung beide Fraktionen in Anlehnung an Cas Mudde (2019) als European Far Right bzw. Rechtsaußen-Fraktionen bezeichnen.

Rechte Europavisionen

Was will nun die Europäische Far Right für eine EU? Der Europäischen Integration und den zivilen Aspekten der EU, die im Zuge des Vertrags von Lissabon weiter vertieft wurden, setzen die Rechtsaußen-Fraktionen das Konzept eines „Europa der Vaterländer“ entgegen. Dabei handelt es sich um einen Kampfbegriff, der erlaubt, gemeinsam für nationale Autonomie zu plädieren und sich trotzdem auf Europa zu beziehen (Hentges/Platzer 2021). Das Europa der Vaterländer wird begrifflich gefüllt mit der Vorstellung einer Rettung des ursprünglichen Europas, das ständig von äußeren wie inneren Feinden bedroht wird. Dieses ursprüngliche Europa ist eine vage mythologische Imagination. Dennoch sollen EU und die Nationalstaaten anhand der als natürlich und homogen erachteten Einheiten Nation, Tradition/Kultur, heterosexuelle Familie strukturiert werden. Um dies zu erreichen, zielen Rechtsaußen-Parteien auf die Abschaffung gesellschaftlicher Vermittlungsorgane und demokratischer Strukturen des europäischen Staatsprojekts (Keil 2024), das minimiert werden soll auf „Festung Europa und Remigration“ (FPÖ 2024, S.7) und „Sicherheitspolitische Autonomie“, „gemeinsame[r] Markt“ und die Verteidigung der diffusen essentialistischen Europavorstellungen (AfD 2023, S.9).

Kulturkampf und Förderungspolitik

Diese Reduzierung der EU auf ihre zivilen Aspekte hätte konkrete Auswirkungen auf viele Lebensbereiche. Zwar befürwortet das Europawahlprogramm der AfD EU-Förderung, wenn sie ihren Europavorstellungen entspricht, d.h. für Unternehmen, Agrarwirtschaft, Familie und Kinderreichtum, den Erhalt der deutschen Sprache (AfD 2023). Jedoch wird konkret gefordert das Forschungsprogramm „Horizon Europe“ und weitere Maßnahmen, die sich thematisch mit „Nachhaltigkeit, Kultur, Kreativität, inklusive[r] Gesellschaft, Sicherheit für die Zivilgesellschaft, Klima, Energie, Mobilität, Lebensmittel, Bioökonomie“ (AfD 2023, S.49) beschäftigen, abzuschaffen. Die Förderpolitik soll also im Sinne eines Kulturkampfes von rechts umgestaltet

¹ Das zeigt sich zum einen an den um Koalitionsfähigkeit bemühten, strategisch inszenierten Auseinandersetzungen zwischen Rassemblement National (RN) und der AfD, denn zuletzt wurden nach Spionagevorwürfen gegen Maximilian Kraus und Petr Bystron sowie Kraus' Äußerungen, dass nicht alle SS-Angehörige Verbrecher gewesen seien, auf Initiative des RN die AfD-Abgeordneten aus der ID-Fraktion ausgeschlossen (Tagesschau (2024). Zum anderen daran, dass die post-faschistische Fratelli d'Italia zum Kern der ECR gehört und zuletzt Éric Zemmours Partei Reconquête! aufgenommen wurde, obwohl sie auf nationaler Ebene weiter rechts steht als der RN. Wie es nach der Wahl weitergeht, ist derzeit unklar. Im Folgenden werden dennoch Beispiele von AfD und FPÖ herangezogen, da die AfD auch fraktionslos exemplarisch für die europäische Far Right steht.

und deutlich reduziert werden. Die logische Folge der Europavorstellungen von Rechtsaußen wäre ein umfassender Kahlschlag, der über das konkret angekündigte weit hinausgeht.

Auswirkungen auf unser Leben

Welche Bedeutung hätte das für unser Leben? Wenn Förderungen wegfallen oder Erasmus und Interrail nicht mehr möglich sind, dann schränkt dies Mobilität und Internationalisierung ein. Wenn es weniger Gemeinwesen gibt und wenn Programme zum Schutz von Menschenrechten und für Gleichberechtigung wie etwa „Citizens, Equality, Rights and Values“ (CERV) aufgekündigt würden, dann ist das für Betroffene von Antisemitismus, Rassismus, queerfeindlicher oder häuslicher Gewalt bedrohlich und eine konkrete Verschlechterung ihrer Situation. Leider ist dies jedoch nur der erste Schritt langfristiger Folgen extrem rechter EU-Politik:

Durch das Abschaffen von Förderungen für Menschenrechte, freie Wissenschaft, Kultur, Erinnerungspolitik, politischer Bildung, Mobilität etc. würde auch die Schwächung nationaler Zivilgesellschaften erreicht, sodass sich der von rechts erwünschte autoritäre Politikstil leichter durchsetzen und sich eine Normalisierung extrem rechter Positionen, eine Faschisierung von Gesellschaft leichter erzielen ließe.

Regressive Klimapolitik

Ein weiterer Aspekt bedrohlicher und konkreter Auswirkungen lässt sich in der regressiven Klimapolitik, die aus einer Abwicklung europäischer Abkommen und Rückbesinnung auf die nationale Ebene resultieren würden. Die FPÖ fordert ein „endgültiges Aus für den „Green Deal“ (FPÖ 2023, S.8)“, die AfD (2023, S.40) postuliert an den verschwörungsideologischen Code der Great Transformation anknüpfend, dass der menschengemachte Klimawandel erfunden sei, um die Gesellschaft umzubauen. Die Bedrohung der planetaren Lebensgrundlagen wird nicht nur negiert, sondern auch verhöhnt.

Ausblick

Durch Zugewinne der europäischen Rechtsaußen-Fraktionen und mögliche neue Koalitionen steht viel auf dem Spiel: Wird es eine Europäische Union als liberales und demokratisches Staatsprojekt in mittelbarer Zukunft noch geben, für das derzeit Menschen nicht nur in deutschen Großstädten, sondern auch in Tiflis demonstrieren? Oder erleben wir von Rechtsaußen-Parteien regierte Nationalstaaten, die eine EU bilden, die nur noch Binnenmarkt und Frontex ist? Oder gibt es gar eine Perspektive für eine EU, welche die Befugnisse ihres Parlaments stärkt, die eine transeuropäische Zivilgesellschaft entstehen lässt, Partizipation, europäische Sozialpolitik und Gemeinwesen aufbau vorantreibt und anstatt auf Militarisierung der Außengrenzen und Austeritätspolitik zu setzen eine nachhaltige Klimapolitik verfolgt?

Literatur

AfD (2023): Europawahlprogramm. Magdeburg.

European Council on Foreign Relations (2024): A sharp right turn: A forecast for the 2024 European Parliament elections. URL: <https://ecfr.eu/publication/a-sharp-right-turn-a-forecast-for-the-2024-european-parliament-elections/>

Engels, David (2020): Gutachten zu den strategischen Grundlagen einer engeren Zusammenarbeit zwischen der ID- und EKR-Fraktion im Europäischen Parlament unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse zwischen AfD und PiS. Warschau. URL: https://d3n8a8pro7vhmx.cloudfront.net/idgroup/pages/1447/attachments/original/1619105737/AfD-PiS-Gutachten_-_zur_Publikation.pdf

Europe Elects (2024): European Parliament Election 2024. URL: <https://europeelects.eu/ep2024/>

FPÖ (2024): Vorhang auf für unser Österreich. Wien.

Hentges, Gudrun/Platzer, Hans-Wolfgang (2021): Europäische Identitätskonstruktionen rechtspopulistischer. Parteien Historische und aktuelle Aspekte anlässlich der Europawahl 2019, in: Heidi Beutin / Wolfgang Beutin / Heinrich Bleicher-Nagelsmann / Michael Walter / Claudia Wörmann-Adam (Hg.), „Widerstand ist nichts als Hoffnung“. Widerständigkeit für Freiheit, Menschenrechte, Humanität und Frieden, Mössingen/Talheim 2021, S. 357-374.

Identität und Demokratie (2024): Über uns. URL: <https://web.archive.org/web/20240303113544/https://de.idgroup.eu/about>

Keil, Daniel (2024): Politische Krise der EU und die Entwicklung eines europäischen Projekts der heterogenen Rechten, in: Hentges/Keil/Aderholz/Bröse/Gläser/Schmidt (Hrsg.): Autoritäre Entwicklungen, extrem-rechte Diskurse und demokratische Resonanzen. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, i.E.

Mudde, Cas (2019): The Far Right today. Cambridge: Polity Press.

Amélie Jaques-Apke

Der populistisch rechte Zeitgeist im Europäischen Parlament 2024

Neue Strömungen der Rechten und Auswirkungen auf die liberale Demokratie

Die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) werden erhebliche Auswirkungen auf die EU haben. Zusammen genommen könnten die rechtspopulistische Identität und Demokratie (ID) Gruppe, die national-konservative Europäische Konservative und Reformer (EKR) Gruppe und nicht zugeordnete rechtsextreme Parteien bis zu 30 Prozent der Stimmen gewinnen. Entweder ID oder EKR könnten die drittgrößte Fraktion im Europäischen Parlament werden. Zum ersten Mal in der Geschichte der EU könnte eine (knappe) Mehrheit aus Mitte-Rechts- und rechtsextremen Parteien rechnerisch möglich werden. Einerseits ist die EKR trotz ihres eher nationalistisch-konservativen Ansatzes in Bereichen wie Migration, Klima oder Sicherheitspolitik allmählich Teil der Kompromissmaschinerie der EU geworden: Viele ihrer Mitgliedsparteien sind in nationalen Regierungen vertreten. Allerdings ist die EKR intern stark gespalten und untergräbt ihre Glaubwürdigkeit auf EU-Ebene. Zu den Mitgliedern der EKR gehören die polnische Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), die italienische Partei Brüder Italiens von Premierministerin Giorgia Meloni, die rechtsextreme spanische Partei Vox und die Bürgerdemokratische Partei (ODS) des tschechischen Premierministers Petr Fiala. Für eine funktionierende Mehrheit im Europäischen Parlament ist die ID eindeutig nicht in Frage gekommen. Grund dafür sind ihre harten europaskeptischen und extremistischen Positionen in vielen Politikfeldern. Darüber hinaus lässt sich die Fraktion der ID am besten als ein Zweckbündnis beschreiben, das von noch tieferen internen Spaltungen geprägt ist, als dies bei der EKR der Fall ist. Unterdessen ist die Rolle der unklassifizierten rechtsextremen und/oder rechtspopulistischen Parteien in der EU weiterhin unklar, insbesondere seit dem Austritt der Fidesz-Partei des ungarischen Premierministers Viktor Orbán aus der EVP im März 2021.

1. Zwei neue Strömungen der europäischen Rechten & taktische Deals

Die wachsende Kluft zwischen den europäischen Konservativen und Sozialisten in Brüssel droht die große Koalition dieser beiden Fraktionen, die seit 70 Jahren die politische Struktur der EU aufrechterhält, zu sprengen. Nach den nächsten Europawahlen im Juni 2024 wird die Union vor dem größten politischen Erdbeben ihrer Geschichte stehen, verursacht durch die Erosion der Christdemokratie und ihre Annäherung an ultrakonservative Kräfte. Für die Sozialdemokraten ist die Aufrechterhaltung des traditionellen Bündnisses nicht mehr tragbar, wenn die Europäische Volkspartei (EVP) ihre Verbindungen zu den extremen Formationen verstärkt, die jetzt in der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR) zusammengeschlossen sind. Diese Gruppe umfasst 20 Parteien, darunter die von Meloni (Fratelli d'Italia) und Abascal (Vox).

In der laufenden Legislaturperiode waren für die Bildung von Mehrheiten im Europäischen Parlament mindestens drei Fraktionen erforderlich: die Mitte-Rechts-Partei der Europäischen Volkspartei (EVP), die Mitte-Links-Partei der Sozialisten und Demokraten (S&D) und die liberal-zentristische Partei der Grünen. Diese „von der Leyen-Mehrheit“ ermöglichte große Projekte wie den europäischen Green Deal und migrationspolitische Vereinbarungen. Gegen Ende der Legislaturperiode versuchte die EVP jedoch, Sperrminoritäten gegen bestimmte Vorschläge wie das Naturschutzgesetz zu bilden, wobei sie sich implizit auf rechtsextreme Parteien stützte. Diese Taktik ist vorerst gescheitert, könnte aber ein Hinweis auf künftige Entwicklungen sein.

Die russische Invasion in der Ukraine hat viele radikale rechtsextreme Parteien, die Russland nahestehen, stark beeinflusst und eine tief verwurzelte Reaktion in der europäischen Psyche ausgelöst. Diese Entwicklungen haben die Allianz der Nationalisten gespalten. Eine Fraktion, darunter Matteo Salvini und die AfD, verfolgt weiterhin die alte „pro-russische“ Linie. Einzelpersonen wie Salvini in Italien, Le Pen in Frankreich und Geert Wilders in den Niederlanden vertreten zwar russlandfreundliche Positionen, haben aber keine breite innerparteiliche Unterstützung.

Die andere Gruppe wird von Giorgia Meloni angeführt. Sie steht für eine starke Verteidigungspolitik, ist gegen den Kreml, für ein starkes Europa und eine strenge Einwanderungspolitik, für das Abkommen mit Albanien, gegen den Green Deal und für Wirtschaftsprotektionismus. Diese Fraktion ist konsequent konservativ und repräsentiert eine neue, harte Linie der konservativen Rechten, die sich durch eine strikte Einwanderungspolitik und die Ablehnung von Asylbewerbern auszeichnet. Melonis rechte Strömung ist nicht generell antieuropäisch, sondern bevorzugt ein Europa nach ihren Vorstellungen.

Heute ist diese rechtskonservative Strömung kohärenter als in der Vergangenheit, da die Parteien der radikalen Rechten und der rechten Mitte nicht in der Lage waren, sich in Einwanderungsfragen zu einigen. Dies scheint nun möglich. Dennoch bleiben Themen wie Abtreibung und Umwelt Bereiche, die weiterhin trennen, da es schwierig ist, in diesen Fragen Allianzen zu bilden. Auch wirtschaftliche Fragen und die Familienpolitik spalten. Meloni und andere Mitglieder der EKR stehen LGBTQI+, KI, IT und Technologie sehr skeptisch gegenüber. Unterdessen bleibt die Rolle der nicht zugeordneten rechtsextremen und/oder rechtspopulistischen Parteien in der EU unklar, insbesondere seitdem der ungarische Premierminister Viktor Orbáns Fidesz die EVP im März 2021 verlassen hat und eine pro-russische und Pro-Trump Politik weiterführt. Für die nächste Legislaturperiode ist die Fidesz auf der Suche nach einer neuen Fraktion, wobei die EKR als attraktivste Option gilt. Mit 12 Abgeordneten im Europäischen Parlament könnte dies den Ausschlag geben, ob die ID oder die EKR die drittgrößte Fraktion im EP wird. Die meisten Parteien in der EKR sind jedoch transatlantisch orientiert, pro-ukrainisch und konfrontativ gegenüber Russland. Fidesz und viele in der ID-Fraktion nehmen eine pro-russische Haltung ein.

Wenn eine Mehrheit gebildet werden könnte, wäre heute eine Vereinigung von Mitte-Rechts und Rechts denkbar. Melonis Europäische Konservative und Reformer brauchen das Bündnis mit EVP: Ursula von der Leyen strebt weitere fünf Jahre als EU-Chefin an. Diese zeigt sich offen für eine mögliche Wahl mit den Stimmen rechtsextremer Parteien, um sich eine zweite Amtszeit als Kommissionspräsidentin zu sichern. Dabei bemüht sie sich insbesondere um die Unterstützung der als rechtsextrem geltenden Partei Fratelli d'Italia (Fdi) und ihrer Vorsitzenden Giorgia Meloni, um deren Gunst sie sich derzeit bemüht. Die italienische Regierungschefin stehe pro-europäisch, pro-rechtsstaatlich und an der Seite der Ukraine, begründet von der Leyen ihre Entscheidung. Vor allem in Migrationsfragen hätten beide Politikerinnen zudem ein gutes pragmatisches Verhältnis. Die polnische Partei "Recht und Gerechtigkeit" (PiS) ist unsicher über ihr Bündnis und den Ausschluss Orbans aus der EKR. Dies hat auch große Auswirkungen auf die mögliche Zusammensetzung eines zukünftigen Bündnisses. Eine „Übernahme“ der extremen Rechten wird es daher höchstwahrscheinlich nicht geben: Entweder werden die Mitte-Rechts-Parteien taktische Deals mit Melonis EKR eingehen oder es wird eine andere Koalition unter Ausschluss der radikalen Rechten geben.

2. Verschiebung der Prioritäten: Konsequenzen für die liberal demokratische Ordnung in der EU

Die Art und Weise, wie diese Wahlen die nationalen Debatten prägen, beeinflusst die Positionen der nationalen Regierungen im Europäischen Rat. Das Europäische Parlament wird die Festlegung der strategischen Agenda der EU und eine Schlüsselrolle bei der Beeinflussung der EU-Entscheidungen spielen. Ein Rechtsruck im Europäischen Parlament würde wahrscheinlich die Gesetzgebung blockieren, die für die nächste Phase des Green Deal notwendig ist. Dies könnte die Klimasouveränität der EU gefährden. Auch in Schlüsselbereichen der EU-

Souveränität wie Migration, Familienpolitik, EU-Erweiterung und Unterstützung für die Ukraine würde ein Rechtsruck eine härtere Linie bedeuten.

Dies ist vor allem vor dem Hintergrund der möglichen Wahl von Donald Trump bei den US-Präsidentschaftswahlen im Herbst 2024 von Bedeutung, da eine US-Regierung, die sich der Welt weniger verpflichtet fühlt, den Trend hin zu Anti-Establishment- und europaskeptischen Parteien verstärken und strategische internationale Partnerschaften ablehnen könnte.

2.a. Konsequenzen für Demokratie in der Nachbarschaft

Die Auswirkungen des Krieges auf die Demokratie in der EU müssen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine und der Krisenwahrnehmung in der EU berücksichtigt werden. Sollte Russland den Krieg gewinnen, könnten pro-russische Kräfte in der EU an Boden gewinnen. Dies gilt umso mehr, als sowohl die neue radikale Rechte unter der Führung von Meloni als auch die Strömung unter der Führung von Orban die EU von innen heraus verändern und nicht von außen bekämpfen wollen.

Angesichts der Tatsache, dass die Verteidigungspolitik traditionell keine starke Rolle in der EU spielte, der Druck für einen neuen EU-Verteidigungsausschuss aber wächst, werden die neuen Allianzen einen großen Einfluss auf unsere Beziehungen zu Russland haben. Es ist möglich, dass die EVP einen größeren Anteil an den Verteidigungsausgaben fordern wird, was zu einem Konflikt zwischen traditionellen Ausgabenprogrammen und Verteidigungspolitik innerhalb des EU-Haushalts führen könnte. Dies wird auch im Hinblick auf die gemeinsame Anleihepolitik und mögliche nationalistische Widerstände gegen die EU-Politik von Bedeutung sein. Da die Stärkung der Verteidigungspolitik der EU und der Ukraine innerhalb des rechtskonservativen Mainstreams weitgehend Konsens ist, werden die Wahlen daran nichts ändern, es sei denn, es kommt zu einer Koalition mit einer der rechtsradikalen Strömungen.

Ein pro-russischer Einfluss in der EU könnte weitreichende Folgen für die EU-Realpolitik haben: Russland versucht seit Jahren, durch Bestechung (z.B. Bestechung von Politikern, siehe AfD-Europa-Spitzenkandidat Maximilian Krah und AfD-Zweitkandidat Petr Bystron), finanzielle Unterstützung rechtsextremer und rechtsradikaler Kräfte, Verschwörungserzählungen, Cyberattacken, Mediennetzwerke, Desinformation, Fake-Accounts und orchestrierte Kampagnen europäische Länder zu destabilisieren, um polarisierende Themen wie Antisemitismus und Anti-Ukraine-Haltungen in den jeweiligen Ländern zu verstärken und die Demokratien von innen heraus zu destabilisieren. Beobachter befürchten, dass sich diese Situation bei den Europawahlen noch verschärfen könnte und Nachbarländer der EU zurück in den russischen Orbit zwingen könnte.

2.b. Auswirkungen auf die liberal demokratische Ausrichtung der EU-Politik

Der Übergang zu einer grünen Wirtschaft erfordert viel Geld aus dem EU-Wiederaufbaufonds. Die Kommission benötigt 1,5 Billionen Euro, um den grünen Übergang 2030-2050 zu erreichen, aber es gibt keinen wirklichen Plan, woher das Geld kommen soll. Es ist zu befürchten, dass grüne und Verteidigungsprioritäten gegeneinander ausgespielt werden. Der politische Wandel betrifft nicht nur die extreme Rechte, sondern auch die EVP, die zunehmend skeptisch ist, ob z.B. Elektroautos notwendig sind.

Ein gutes Beispiel für eine Partei, die auf EU-Ebene vom rechten Rand in die Mitte gerückt ist, ist die Partei Fratelli d'Italia (Fdi). Das heißt aber nicht, dass die Partei auf nationaler Ebene gemäßigt agiert. Giorgia Meloni ist heute die einflussreichste Vertreterin der EKR, da sie eine zentrale Rolle bei der Mehrheitsbildung im EP spielen könnte. Ihr Bündnis mit Ursula von der Leyen in der Migrationsfrage zeigt die Zusammenarbeit zwischen Mitte und Rechtsaußen auf europäischer Ebene. Die Innenpolitik der Fdi ist jedoch auf nationaler Ebene rechtsextrem: Seit Melonis Regierungsantritt wurden zahlreiche wirtschaftspolitische Maßnahmen eingeführt (z.B. die Abschaffung des "Bürgergeldes" im Jahr 2019, das eine Million Menschen aus der Armut geholt hat) und Melonis Weigerung, die Reform des Europäischen Stabilitätsmechanismus zu unterstützen, nutzt sie effektiv zur Durchsetzung ihrer rechtsextremen Migrationspolitik. In Bezug auf ihre Migrationspolitik wird Melonis Regierung vorgeworfen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, das internationale Seerecht und die italienische Verfassung zu verletzen. Erneut werden Parallelen zu den stark konservativ-autoritären Regierungen in Polen und

Ungarn gezogen, um einen gesellschaftlichen Rückschritt in Italien zu suggerieren, nachdem Meloni die Registrierung von Kindern gleichgeschlechtlicher Paare verhindert und generell eine diskriminierende Politik in Bezug auf LGBTQI+-Rechte betrieben hat. Auch die geplante Verfassungsreform könnte einen tiefen Einschnitt in die italienische Demokratie bedeuten.

Darüber hinaus könnten nun auch andere radikale Rechtsparteien auf EU-Ebene eine ähnliche Politik wie Meloni verfolgen. Der Sieg einer Koalition mit Anti-EU-Mainstream-Parteien könnte die EU von innen schwächen. Diese Wahlen sind von entscheidender Bedeutung für die europäischen Bürger und für die Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der liberalen Demokratie innerhalb und außerhalb der EU. Es geht darum, die demokratischen Institutionen zu stärken und die Systeme zu schützen, auf denen die EU aufgebaut ist. Das EP war die Stimme des demokratischen Bewusstseins, während die anderen Institutionen unterschiedliche Rollen spielten. Die Kommission hat eine geopolitische Rolle gespielt, aber ihre Ambitionen waren begrenzt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament eine bedeutende Rechtsverschiebung markieren könnten, bei der populistische und radikale Rechtsparteien an Einfluss gewinnen. Dies könnte tiefgreifende Auswirkungen auf die EU-Politik haben, insbesondere in den Bereichen Migration, Umwelt und europäische Souveränität.

Über die Expert*innen

[Georg Gläser](#) ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Politikwissenschaft, Bildungspolitik und politische Bildung an der Universität zu Köln. Promotion zu Arbeitsverhältnissen in der politischen Bildung, Schwerpunkte: Antisemitismus, Staats- und Hegemonietheorie, Extreme und Neue Rechte, kritische politische Bildung. Kontakt: georg.glaeser@uni-koeln.de

[Amélie Jaques-Apke](#) ist Gastwissenschaftlerin für Internationale Politik am ILAS der Columbia University in New York und Doktorandin am Jean Monnet Center for European Union Studies der Universität Salzburg. Sie ist außerdem CEO und Gründerin des Think Tanks "Young Security Conference" mit Sitz in Berlin.

Kontakt für Rückfragen

Helena Ott

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 650 33 145 16

E: ott@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Über Diskurs

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz ist eine Initiative zum Transfer von wissenschaftlicher Evidenz engagierter Wissenschaftler*innen in die Öffentlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass wissenschaftliche Erkenntnisse entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen Diskurs und in politischen Entscheidungen zum Tragen kommen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>

Sie möchten über unsere zukünftigen Mediengespräche und Pressemitteilungen informiert werden? Dann melden Sie sich doch bei unserem Presseverteiler an: <https://www.diskurs-wissenschaftsnetz.at/presseverteiler/>